



Eine Bürgerbefragung zum Stimmungstest | © Africa images, Canva (Symbol)

Vertrauen in den Staat weiter im Sinkflug

30. Juli 2026

Nur noch 17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger trauen dem Staat zu, seine Aufgaben erfüllen zu können. Für diesen Vertrauensverlust machen die Befragten nicht die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verantwortlich, sondern die Politikerinnen und Politiker. Das ergab eine aktuelle Bürgerbefragung des [dbb beamtenbund und tarifunion](#).

Volker Geyer, dbb-Bundesvorsitzender: „Die Ergebnisse unserer Befragung sind eine Katastrophe und ein Weckruf für die Regierung. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates ist auf einen neuen Tiefststand gefallen. Die Politik muss handeln, um diesen Sinkflug zu stoppen. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erwarten Reformen, die sich positiv auf ihr Leben auswirken, die Wirtschaftswachstum schaffen, die Sozialsysteme

stärken und dafür sorgen, dass der Staat wieder besser funktioniert.“

Für die Bürgerinnen und Bürger haben die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, das Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Infrastruktur dabei höchste Priorität. Gerade in diesen Bereichen bewerten die Befragten die Fortschritte in letzter Zeit als besonders unzureichend. Beim Thema Migration und innere Sicherheit hat sich die Lage im vergangenen Jahr entspannt. „Vielleicht liegt hierin auch eine Botschaft an die Politik. Durch konsequentes Handeln kann der Negativtrend in den Umfragen tatsächlich gestoppt werden“, so der dbb-Chef.

Zum ersten Mal seit Beginn der Befragung gibt mehr als die Hälfte der Deutschen an, dass sich die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verschlechtert hat (51 Prozent). Für den dbb-Chef liegt das vor allem an der steigenden Aufgabenlast, fehlendem Personal und veralteter Ausstattung. „Wir warnen seit Jahren davor, dass die Schere zwischen Anforderung und Kapazitäten immer weiter auseinandergeht. Trotzdem lädt die Politik den Beschäftigten immer mehr Aufgaben auf. Wir brauchen jetzt eine konsequente Aufgabenkritik des Staates. Die Politik muss mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, welche Leistungen der Staat überhaupt noch erbringen kann und soll und welche eben nicht mehr.“

Verbesserungen versprechen sich die Bürgerinnen und Bürger vor allem durch eine Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften (86 Prozent), eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten (78 Prozent) und durch mehr digitale Behördenleistungen (72 Prozent). „Hier ziehen Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger an einem Strang: Alle wollen mehr Digitalisierung und weniger ausufernde Bürokratie“, unterstrich Geyer.

Die generelle Unzufriedenheit mit der „Performance“ des Staates legen die Bürgerinnen und Bürger allerdings weiterhin nicht den Beschäftigten zur Last. „Aus unserer Sicht ist das einer der wenigen Hoffnungsschimmer der Umfrage. Die Berufsbilder der Beschäftigten im öffentlichen Dienst liegen weiterhin auf den Top-Plätzen im Beruferanking“, hob Geyer hervor. „Auch das Beamtenimage bleibt nach wie vor eher von positiven Zuschreibungen wie verantwortungsbewusst, pflichtbewusst und zuverlässig geprägt.“ (red)